



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Marwitz: Aufgaben der Volksvertreter

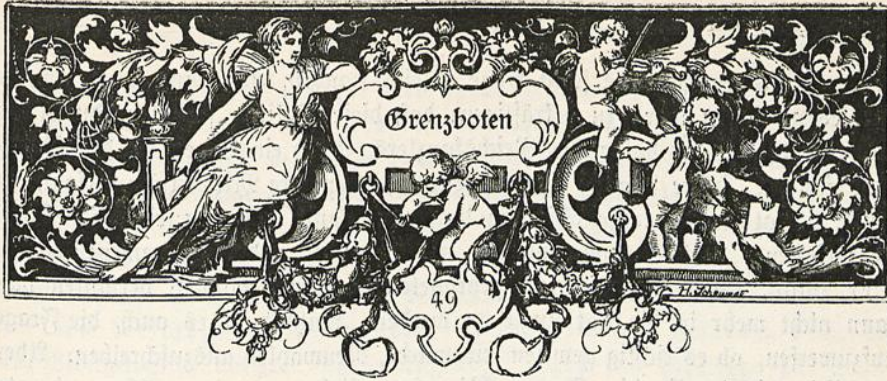
urn:nbn:de:gbv:46:1-908

der Gedichte. Hier zeigt sich der Herausgeber mit Recht besonders vorsichtig und pietätvoll: er hat Gedichte nicht aufgenommen, die Mörike selbst der Veröffentlichung und Erhaltung nicht für wert hielt. Auch sonstige ganz unwesentliche Augenblickslyrika wurden weggelassen. Der dritte Band bringt zwei Dramolette, das Singspiel „Die Regenbrüder“. Anhangsweise hat der Herausgeber die „Wispeliaden“ beigelegt, die den Mörikefreunden gelten und bis jetzt fast sämtlich unbekannt waren. Dann folgen Märchen und Erzählungen. Den vierten Band beginnt „Das Stuttgarter Hugelmannlein“, es folgen „Mozart auf der Reise nach Prag“, Mörikes Selbstbiographie bis zum Jahre 1834 usw. Der fünfte und sechste Band enthalten den „Maler Kolten“. Mit besonderer Freude begrüßen wir die beigegebenen Reproduktionen nach fast sämtlichen Bildnissen Mörikes, nach Bildnissen seiner Gattin, seiner Töchter usw. (am Schluß des sechsten Bandes). Die bekannten Zeichnungen Schwinds zu Märchen und Gedichten von Mörike sind dem ersten und vierten Bande angefügt.

Hans Benzmann

Hanftaengl's Malerklassiker. Unter diesem Titel gibt der Kunstverlag von Franz Hanftaengl in München seit 1905 ein nach Galerien geordnetes Abbildungswerk heraus, eine Anordnung, die zweckmäßiger ist als die nach Malern, weil sie ein mannigfaltigeres und schon in wenigen Bänden ein verhältnismäßig vollständigeres Bild gewährt als die andern, deren Bändezahl schon sehr groß sein muß, wenn sie auch nur die bedeutendsten Maler umfassen soll. Außerdem hat das Hanftaengl'sche Werk die Vorzüge eines großen Formats und einer technisch vortrefflichen Ausführung der nach eigens für dieses Unternehmen gemachten photographischen Aufnahmen hergestellten Reindrucke und, nicht zum wenigsten, einen sehr niedrigen Preis. Jeder Band mit über zweihundert Abbildungen in Großoktav kostet, in Leinen gebunden, zwölf Mark, jedes Bild also etwa fünf Pfennige. Die seither erschienenen Bände enthielten die Münchner ältere Pinakothek, die Londoner National Gallery, die Galerien im Haag und in Haarlem, die Dresdner Galerie, das Amsterdamer Reichsmuseum und die Kasseler Galerie. Dazu kommt jetzt ein siebenter Band mit den Hauptbildern der Petersburger Eremitage. Diese ungemein wertvolle Sammlung war bisher wenig bekannt. Erst seit einigen Jahren existiert ein guter amtlicher Katalog, der auch einige Abbildungen enthält. Der neue Band der Hanftaengl'schen Malerklassiker gibt deren 239. Die Petersburger Sammlung ist zunächst reich an Werken von Rembrandt, Rubens und Murillo. Von andern Künstlern besitzt sie hervorragende Stücke, so von Raffael die Madonna Constabile und die aus dem Hause Alba, von Claude Lorrain die „Tageszeiten“, von Ruissdael die Waldlandschaft mit dem Sumpf, von Paul Potter den Wolfshund und den Meierhof, der nach einer ungenierten Kuh seinen anstößigen Namen führt. Endlich findet sich in der Eremitage noch eine große Menge sogenannter interessanter Bilder, das heißt solcher, die verschiedenen Urhebern zugeschrieben worden oder die durch ihre Verwandtschaft mit berühmten Werken anderer Sammlungen merkwürdig sind. Dahin gehören beispielsweise die Judith Giorgiones, eine Anbetung der Könige von Sandro Botticelli, eine Kreuzigung von Perugino, Lionardos Madonna Litta oder auch das dem Francesco Melzi zugeschriebene Blumenmädchen. Daß endlich erlesene Stücke aus der französischen Malerei des achtzehnten Jahrhunderts in einer russischen Sammlung nicht fehlen dürfen, ist selbstverständlich. Damit sei der anziehende Band allen Liebhabern von feinerem Geschmack warm empfohlen. Hoffentlich bringt uns der hochverdiente Verlag nun auch bald die Gemälde des Prado.

Für die Herausgabe verantwortlich Karl Weisser in Leipzig und George Kleinow in Berlin-Friedenau. Verlag von Fr. Wilh. Grunow in Leipzig — Druck von Karl Marquart in Leipzig
Da die Redaktion vom 1. Januar 1910 an nach Berlin übersiedelt, sind auch jetzt alle Zuschriften, die sich auf neue Artikel beziehen, dorthin zu richten, und zwar nach Berlin S.W. 11, Bernburger Straße 22a/23.
Die Schriftleitung



Aufgaben der Volksvertreter

Von Rechtsanwalt Dr. Marwitz in Berlin



Die Geschichte aller Parteien zeigt, daß das stolze Bewußtsein, Mitregierender zu sein, die Pflicht, Volksvertreter zu sein, bei den Abgeordneten erheblich überwiegt. Wer die Wirksamkeit der Fraktionen nach den Verhandlungen und Beschlüssen der Parteitage beurteilen wollte, würde sich ein Zerrbild schaffen, das mit der wirklichen Geschichte kaum eine Ähnlichkeit aufwiese. Das gilt selbst von der demokratischsten aller Parteien, der Sozialdemokratie. Mögen die Beschlüsse der Parteitage noch so energisch die praktische Mitarbeit verwerfen: die Erklärung des Radikalissimus Bebel über die Erbschaftsteuer auf der Leipziger Tagung spricht Bände über den Wert solcher Beschlüsse — ganz zu schweigen von der Betätigung der sozialdemokratischen Abgeordneten in den Ausschüssen und Kommissionen. Es würde zu weit führen, wollte man auseinandersetzen, warum dem überall so sein muß, gleichgültig, ob das parlamentarische System herrscht oder nicht; es würde auch zu weit führen, hier zu untersuchen, ob das Referendum, wie es zum Beispiel in der Schweiz besteht, eine wünschenswerte Neuerung in unserm Verfassungsleben sein könnte. Uns scheint, daß nicht nur der Gallier novarum rerum cupidus gewesen ist, und daß die Gesetzgebung großer Reiche nicht von dem nur allzuhäufigen Wechsel der Volksstimmung abhängig sein soll. Darum aber bleibt der Reichstag doch die Vertretung des deutschen Volkes. Es ist notwendig, diesen selbstverständlichen Satz wieder einmal auszusprechen. Denn ob der am 30. November 1909 zusammengetretene Reichstag noch als eine Volksvertretung im tiefem Sinne anzusehen ist, ist mehr als zweifelhaft.

Zum erstenmal während der Regierungszeit unsers jetzigen Kaisers ist eine Reichstagswahl unter einer klaren, unzweideutigen und die ganze Politik beherrschenden Parole vor sich gegangen. Die konservativen wie die liberalen Abgeordneten wurde auf denn Block geschworen. Tausende und Abertausende

unsrer Volksgenossen, die sonst träge abseits standen, eilten zur Urne, um, so viel es an ihnen war, zu bekräftigen, daß diese Politik, festgelegt durch den Weihnachtsbrief des damaligen Reichskanzlers, ihnen ein Segen für das Vaterland schiene. Hätte damals eine der Blockparteien ihre Mitwirkung verweigert, der Ruf: Verrat! würde tausendstimmig durch das Land erschollen sein. Der Block ist zerfallen. Mit Sentimentalitäten ist er nicht wieder zusammenzuleimen. Der Wille, der den heutigen Abgeordneten zu ihrem Mandat verholfen hat, kann nicht mehr in die Tat umgesetzt werden. Nutzlos ist es auch, die Frage aufzuwerfen, ob es richtig gewesen sein würde, Neuwahlen auszusprechen. Aber praktisch wichtig ist die Frage: Wie hat sich nun der Abgeordnete zu verhalten, der den Willen der Wähler, den zu vertreten er im Wahlkampf vielfach versprochen hat, nicht mehr zu erfüllen vermag?

Am schwersten muß die Antwort auf die Frage den konservativen Abgeordneten werden. Wie groß oder wie gering die Veranlassung war, die die konservative Fraktion sich mit dem Zentrum zusammenfinden ließ, mag hier dahingestellt bleiben; das ist in den vergangenen Monaten bis zum Überdruß erörtert worden. Dagegen bleibt die Tatsache bestehen, daß sie es waren, die den Block sprengten. Die Deutschkonservativen tragen die volle Last der Verantwortung dafür, den Blockrechtstag in sein Gegenteil verkehrt zu haben. Die Konsequenzen aus dieser Tatsache werden aber nicht gezogen. Selbst in den Wahlkreisen, in denen die Wiederwahl eines konservativen Abgeordneten zweifellos ist, hat sich nicht ein einziger Abgeordneter gefunden, der sein Mandat in die Hände der Wähler zurückgelegt hätte. Das ist kein gutes Zeichen für die politische Moral in Deutschland. Das Verhalten der konservativen Abgeordneten wäre nur dann zu verstehen, wenn sie auf die allseitige Zustimmung ihrer Wähler verweisen könnten. Das Gegenteil ist aber der Fall: von überall her sind ungezählte Stimmen der Entrüstung laut geworden von Männern, die mit dem Bekenntnis konservativer Gesinnung die Erklärung verbunden haben, konservativ bleiben zu wollen.

Darf man aus diesem Verhalten der konservativen Abgeordneten den Schluß ziehen, daß sie die Abstimmung über die Reichsfinanzreform nur als eine Extratour ansehen? — daß sie, nun der Zankapfel um Liebesgaben und Erbschaftssteuer bis auf das Kerngehäuse verzehrt worden ist, bereit wären, den Block zu erneuern? Die Äußerungen konservativer Parteiorgane und konservativer Parteiführer lassen der Möglichkeit solcher Schlußfolgerung kaum einen Spielraum. Wie sollten auch dieselben Männer, die im heißesten Streite die alte Front verlassen und in den Reihen der Gegner ihre frühern Verbündeten bekämpft haben, eine neue Frontänderung vornehmen können? Dazu bedürfte es anderer Männer und einer andern Führung. Es kann keinem Zweifel unterliegen, daß die Mehrzahl der konservativen Abgeordneten ihre Wahlversprechungen fürderhin nicht mehr einzulösen gedenkt und darauf vertraut, daß es ihnen bis

zu den nächsten Wahlen gelingen wird, einen Umschwung in der Gesinnung ihrer Wähler herbeizuführen. Nur wenn die konservativen Machthaber einsehen, daß die von ihnen beliebte agrarische Politik ihren Einfluß auf die Städte beseitigt, nur wenn sich die Regierung genötigt sieht, den Kampf mit dieser Art konservativer Heißsporne aufzunehmen, um Industrie, Gewerbe und Handel den ihnen gebührenden Einfluß zu verschaffen, nur dann ist auf eine gesunde, dem Gemeinwohl nützliche Fortentwicklung der deutschkonservativen Partei zu rechnen.

Die Reichspartei ist der alten Wahlsparole treu geblieben. Sie hat den Blockgedanken bis zum letzten Augenblick gehegt und gepflegt. Dr. Arendt hat noch vor kurzem die alsbaldige Wiederherstellung des Blocks gepredigt. Leider können wir darüber schnell hinweggehen. Es wird lange dauern, bis die Freikonservativen wieder einmal so guten Nährboden finden werden wie in den vergangenen Monaten; denn sie haben ihn nicht zu nützen verstanden und dadurch bewiesen, daß sie keinen Willen zur Macht haben. Das aber verdammt sie zu politischer Einflußlosigkeit.

Bleiben die Liberalen. Sie sind in ungleich günstigerer Stellung als die Konservativen. Auch die besten Köpfe in den Reihen der Gegner werden ihnen nicht nachweisen können, daß sie dem Blockgedanken untreu geworden sind. Sie können mit Fug darauf verweisen, daß sie dem Block nur um deswillen nicht mehr angehören, weil andre ihn gegen ihren Willen gesprengt haben. Die Frage ist deshalb, welche Haltung die Wähler von ihnen verlangen. Die nächstliegende Antwort ist zweifellos die: „Man hat euch zur Pflicht gemacht, mit den Konservativen zusammen den unheilvollen Einfluß von Zentrum und Sozialdemokratie auf die deutsche Reichspolitik zu brechen; ihr müßt also euer Verhalten so einrichten, daß die erneute Verwirklichung eines solchen Kampfes jederzeit möglich ist.“ Ist dies die nächstliegende Antwort, so ist es auch die falscheste. 1907 wollte man die grundsätzliche Bekämpfung der beiden zentrifugalen Parteien, nicht aber die Möglichkeit von Mehrheitsbildungen, bei denen das Zentrum gelegentlich berufen wäre, den Ausschlag zu geben. Dazu kommt, daß sich eine politische Partei lächerlich macht, wenn sie ihre Politik dauernd darauf einrichtet, daß eine andre Partei, die ihr soeben einen Fußtritt versetzt hat, ihr von neuem in Bundestreue nahen soll. Auch würde durch die schönsten Versprechungen und Reden der Konservativen das alte Vertrauensverhältnis nicht wiederhergestellt werden können; und auf Vertrauen erweckende Taten können die Liberalen von seiten der Konservativen nicht rechnen, solange diese unter einem Führer marschieren, der es für absurd erklärt, liberale Politik mit konservativer Hilfe treiben zu wollen. Die abwartende, dem alten Block freundliche Haltung würde den Liberalen teuer zu stehen kommen. Auch wenn man von der Verärgerung absieht, die zurzeit weite Kreise ergriffen hat, und an der die ungerechte Verteilung der Steuerlast mit schuld ist, auch wenn man mit einer früher oder später eintretenden Beruhigung der Gemüter rechnet, bleibt es unbestritten, daß die Stimmung in

weiten bürgerlichen Kreisen bedeutend radikaler geworden ist, als wie sie vordem war. Das beweisen nicht nur alle Wahlen, die seit der Reichsfinanzreform stattgefunden haben, das beweist auch die Stimmung, der man in allen Kreisen der bürgerlichen Klassen begegnet. 1907 hatte man das Bürgertum aufgerufen zum Kampfe gegen einen deutlich bezeichneten Feind. Das Bürgertum war dem Schlachtruf gefolgt und hatte die Schlacht gewinnen helfen. Es war stolz auf den Sieg! Und nun sieht es sich um die Früchte des Sieges gebracht. Die Liberalen sind niedergeritten, in der konservativen Partei haben die agrarischen städtefeindlichen Elemente die Führung übernommen, das Zentrum droht in die alte Machtstellung zurückzukehren, und — die Regierung, an deren Parolen sich das deutsche Bürgertum gewöhnt hatte, stellte sich auf den Standpunkt des schweigenden Beobachters. Dazu kommt die Beklemmung aller patriotisch Gesinnten, Großgrundbesitzer und Zentrumskapläne könnten wieder einseitig auf die Ansiedlungspolitik wirken. Und nun denke man sich in die Seele des einfachen Mannes hinein, der, ohne sich sonderlich um Politik zu kümmern, seine Zeitung liest und auf der Bierbank mehr oder weniger schöne Reden über Ausland und Inland, Politik und Wirtschaft u. dgl. mehr hält. Man hat ihn mit flammenden Worten aufgerufen, diesmal sollte er mittun, ein neues Zeitalter moderner Politik werde anbrechen, wenn er nur nicht versage; auf fünf Jahre solle er diese Politik begründen helfen. Er erwacht aus seinem politischen Halbschlafe, und — nach wenig länger als zwei Jahren ist alles, wie es war, nur daß das deutsche Volk eine halbe Milliarde neuer Steuern jährlich mehr aufbringen soll als früher. Daß er sich da getäuscht fühlt, wer will es ihm eigentlich verdenken? Wer temperamentvoll ist, geht hin und macht seinem Grimme durch Abgabe eines sozialdemokratischen Stimmzettels Luft; der weniger Temperamentvolle bleibt zu Hause und wählt überhaupt nicht mehr mit. Hier hat die Tätigkeit der nationalen, also auch der Nationalliberalen Volksvertreter anzusetzen.

Denn das Bemerkenswerte bei der gekennzeichneten Stimmung ist, daß sie sich nicht nur gegen die Konservativen, sondern auch gegen die Reichsregierung richtet, und daß sie nicht den Liberalen, sondern vorwiegend den Sozialdemokraten zugute kommt. Es erklärt sich dies nicht ausreichend durch die Mißstimmung über die neuen Steuern und dadurch, daß auch die Liberalen, solange der Bloß dauerte, bereit waren, 400 Millionen indirekte Steuern zu bewilligen. Man muß vielmehr zur Erklärung auch darauf hinweisen, daß die Haltung der Regierung, nachdem sie die Reichsfinanzreform aus der Hand der Konservativen entgegengenommen hat, bei den Wählermassen den Anschein erweckt hat, als solle fortan nur konservativ regiert werden. Die radikale Presse hat natürlich dies — wir glauben unbegründete — Mißtrauen nach Kräften ausgenutzt. Immerhin rächt es sich, daß es die Regierung nicht gewagt hat, den Reichstag im Frühjahr aufzulösen. Nun wird auch den Liberalen das

Mißtrauen entgegengebracht, daß sie mit dieser „konservativen“ Regierung Frieden schließen könnten, ehe das agrarisch-konservative Übergewicht gebrochen ist.

Die Radikalisierung der Wählermassen ist eine Tatsache, mit der jeder Politiker ernsthaft zu rechnen hat. Es erscheint nicht angängig, sie als eine schnell vorübergehende Erscheinung auffassen zu können. Denn der Grund dafür liegt darin, daß den Wählern das Vertrauen zu den bürgerlichen Parteien abhanden gekommen ist. Wollen die Liberalen bei den nächsten allgemeinen Wahlen nicht Gefahr laufen, völlig zerrieben zu werden, so müssen sie es als ihre vornehmste Aufgabe betrachten, das Vertrauen wieder zu gewinnen. Die Wähler müssen die Überzeugung wieder erlangen, daß es den liberalen Abgeordneten ernst damit ist, den absoluten zum Zusammenbruch und Staatsstreich führenden Einfluß der Konservativen zu brechen. Es unterliegt keinem Zweifel, daß die Haltung der Deutschkonservativen bei dem Kampfe um die Reichsfinanzreform im wesentlichen von der Absicht geleitet gewesen ist, sich ihre Macht in vollem Umfange zu erhalten. Die Gefahr der Einbuße lag durch Verharren im Block vor. Demgegenüber muß auf die wirtschaftliche Struktur des Deutschen Reiches und auf die Politisierung der Arbeitermassen hingewiesen werden, um darzutun, daß die Übermacht der Agrar-Konservativen für unsre jetzigen Verhältnisse unerträglich ist und auf die Dauer immer unerträglicher werden muß. Es ist daher eine Pflicht der Liberalen gegen das Reich, alles daran zu setzen, den Stadt-Konservativen zu beweisen, daß diese auf die Mitarbeit der Liberalen angewiesen sind. Dazu aber muß die Zahl der Agrar-Konservativen im Reichstag systematisch verringert werden. Gelingt es, den Konservativen eine Anzahl von Sitzen abzunehmen, so wird auch die Zeit zu einem Kompromiß zwischen Konservativen und Liberalen kommen können und kommen müssen, der unsern politischen Verhältnissen allein angemessen ist. Hieraus folgt nicht, daß die Liberalen Oppositionspartei unter allen Umständen werden müssen. Insbesondere würde solches den Nationalliberalen wegen ihrer geschichtlichen Überlieferung und wegen ihrer eigenartigen Zusammensetzung außerordentlich schwer fallen. Dagegen muß die nationalliberale Partei ihre Mitwirkung überall da versagen, wo der Versuch gemacht werden sollte, die bestehenden unklaren Verhältnisse zu halten und mit dem Mantel der Liebe zuzudecken.

Die dem Reichstage vorliegenden Aufgaben sind, soweit man sie heute schon übersehen kann, nicht derart beschaffen, daß sich die Liberalen von ihrer Bearbeitung fernhalten müßten. Aber sie sind auch bezüglich ihrer politischen Tragweite nicht so bedeutsam, daß sie die ganze Aufmerksamkeit des Landes fesseln könnten. Der heutige Reichstag ist unpopulär, und damit ist es auch seine Arbeit. Die Aufmerksamkeit der Nation ruht auf dem Verkehr der Parteien untereinander und auf ihrer Betätigung außerhalb des

Reichstags. Demgemäß haben die Liberalen, die das Land vor Erschütterung bewahren wollen, das Schwergewicht ihrer Tätigkeit ins Land; unter die Wähler zu verlegen. Nicht die Regierung hat die kommenden allgemeinen Wahlen vorzubereiten, sondern die Vertrauensmänner der Nation. Handelt die nationalliberale Partei anders, so wird sie bei den demnächstigen allgemeinen Reichstagswahlen am meisten zu leiden haben.

Daß die Liberalen, wenn sie diesen Weg einschlagen, nicht davor zurückschrecken dürfen, die Agrar-Konservativen bei den Wahlen überall zu bekämpfen, im Einzelfalle selbst auf die Gefahr hin, daß Sozialdemokraten gewählt werden, versteht sich von selbst. Diese Wahltaktik gründet sich nicht auf die Liebe zur Sozialdemokratie. Sie ist eine bittere Notwendigkeit, die geradezu gefordert wird durch das System der Stichwahlen. Man sollte mit der Gepflogenheit brechen, den Parteien einen Vorwurf aus ihrem Verhalten bei den Stichwahlen zu machen. Wer sich tiefer in dieses System hineingebacht hat, weiß, daß es in jeder Gestaltung unmoralisch ist und zu unmoralischen Wahlparolen führen muß. Man sollte davon Abstand nehmen, die Unmoral des Systems als Unmoral der Parteien hinzustellen, die darauf angewiesen sind. Sämtliche bürgerlichen Parteien sind bald hier bald dort aus wahltaktischen Gründen genötigt, direkt oder indirekt sozialdemokratische Abgeordnete zu unterstützen. Auch den Deutschkonservativen kann nachgewiesen werden, daß sie in einer Anzahl von Wahlkreisen bei Stichwahlen zwischen liberalen und sozialdemokratischen Kandidaten durch Stimmenthaltung den Sozialdemokraten in das Parlament geschickt haben. Bei dieser Gelegenheit mag darauf hingewiesen werden, daß bei der Nachwahl im Reichstagswahlkreis Verden-Hoya der Welfe gegen den Nationalliberalen nur mit Hilfe der Stimmen des Bundes der Landwirte gewählt werden konnte. Und doch war diese Wahltaktik so sehr gegen das nationale Interesse gerichtet, wie es eine Wahltaktik überhaupt nur sein kann.

Die konservativen Parteiführer haben den Block um der Aufrechterhaltung ihrer persönlichen Macht willen gesprengt; sie werden sich insolgedessen nicht darüber beklagen können, wenn auch die Liberalen die Politik lediglich als eine Machtfrage ansehen werden. Ein unerträgliches Anschwellen der Sozialdemokratie ist für das Deutsche Reich nur zu befürchten, wenn der monarchische Gedanke weiter in den Staub gezogen wird, wie es durch die Führer der Deutschkonservativen geschieht.

